

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsgeldern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostachsen
Beilagen: Der rote Stern / Der kommunistische Genossenschaftler / Wirtschaftliche Rundschau / Kunst und Wissen / Für unsere Frauen / Die Energie

Bezugspreis monatlich, frei Haus 2,50 M. (Halbmonatlich 1,25 M.), durch die Post bezogen monatlich 2,70 M. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m. b. H. Dresden-Alt. / Geschäftsstelle u. Expedition: Wölbelsbühlstr. 2 / Fernsprecher: 17259 / Postfachnummer Dresden Nr. 18690. Dresdner Verlagsgesellschaft
Schriftleitung: Dresden-Alt. Wölbelsbühlstr. 2 / Fernspr. Amt Dresden Nr. 17259 / Drahtanschrift: Arbeiterstimme Dresden / Schreibstunden der Redaktion: Mittwochs 10-18 Uhr, Sonntags 13-14 Uhr

Anzeigenpreis: Die neuzeitlich geformte Nonpareilzeile oder deren Raum 0,35 RM. für Familienanzeigen 0,20 RM. für die Reklamzeile anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textzeile 1,50 RM. Anzeigen-Annahme wochentags bis 9 Uhr vormittags in der Expedition Dresden-Alt. Wölbelsbühlstr. 2 / Die „Arbeiterstimme“ erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / In Fällen höherer Abzahlungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises

4. Jahrgang

Dresden, Donnerstag den 1. November 1928

Nummer 256

Riesenausperrung in der Metallindustrie

Nach Wiffells Verbindlichkeitserklärung sperren die Unternehmer im Rheinland aus
Opposition gegen reformistische Niederlagenstrategie!

500 000 Bertätigte werden betroffen

Berlin, 1. November. (Eig. Drahtmeldung.)

Die sogenannten letzten Einigungsverhandlungen für die Metallindustrie der Nordwestgruppe sind gestern vormittag fortgesetzt worden, jedoch ergebnislos geblieben. Darauf hat der Reichsarbeitsminister Wiffell den Schiedspruch für verbindlich erklärt.

Das Reichsministerium nahm nach einer eingehenden Aussprache von dem vom Reichsarbeitsminister für verbindlich erklärten Schiedspruch Kenntnis.

Der „Arbeitgeberverband für den Bezirk der Nordwestgruppe des Vereins Deutscher Eisen- u. Stahlindustrieller“ ließ gestern eine Erklärung veröffentlichen, daß der für verbindlich erklärte Schiedspruch aus formellen und materiellen Gründen nichtig sei. Die am 13. Oktober ausgesprochene Kündigung habe bereits zur Entlassung der Belegschaften geführt. Zwischen den Werken und der Arbeiterschaft bestehe daher kein Arbeitsverhältnis mehr. Von den Arbeitgebern werde Feststellungsklage über die gesetzliche Unzulässigkeit des Schiedspruches beim Arbeitsgericht eingereicht. Die Zahlung der Arbeitslosenunterstützung an die Ausgesperrten komme nicht in Frage.

Die Unternehmer haben bereits gestern nachmittag mit der teilweisen Stilllegung der Betriebe begonnen. Bei den größeren Werken, in denen in mehreren Schichten gearbeitet wird, wurden den Arbeitern um 14 Uhr die Papiere und der Restlohn ausgehändigt. Das gleiche geschah um 22 Uhr mit der Nachschicht. Die Generalausperrung dürfte im Laufe des heutigen Tages durchgeführt sein. Die Werke wurden sofort mit verstärkten Sicherheitstruppen besetzt.

Die Berliner Börse fand bereits am Vormittag unter dem Einfluß des Kampfes in der Eisenindustrie. Die Märkte ließen bei ganz geringem Umsatz kurzmäßig nach. Es gab einen durchschnittlichen Rückgang von 2 bis 4 Prozent. Schwere Papiere verloren bis zu 10 Prozent.

Die norwegischen Reedereien haben von den Reedereien in Rotterdam ein Telegramm erhalten, wonach die westdeutschen Eisen- und Stahlwerke geordert hätten, die Verfrachtung von Erz für diese Werke einzustellen. Die Unternehmer rechnen also von vornherein mit einer langen Dauer des Kampfes.

Der entbrannte Kampf ist der größte seit Jahren. 250 000 Hütten- und Metallarbeiter sind von ihm unmittelbar betroffen, mit ihren Familienangehörigen sind es über eine halbe Million Bertätigte. Da der Ruhrbergbau ungefähr 30 Prozent der Steinkohlenförderung an die Eisenindustrie liefert, werden voraussichtlich auch die meisten Hütten sofort Feierstücken einlegen lassen. Bei längerer Dauer ist mit Massenentlassungen im Ruhrbergbau zu rechnen.

Der Deutsche Metallarbeiterverband ersieht einen Aufruf, in dem er lediglich fordert, daß kein Metallarbeiter die Arbeit wieder aufnehmen dürfe, ohne daß dem Schiedspruch volle Geltung verschafft sei. Der Vsa-Bund hat seine Mitglieder angewiesen, alle Notstandsarbeiten zu verweigern.

Die Leitung der Kommunistischen Partei im Ruhrgebiet veröffentlicht einen Aufruf an die gesamte Arbeiterschaft des Industriegebietes mit folgenden Parolen: Wahl revolutionärer Kampfleitungen in allen Betrieben, ihre örtliche und bezirkliche Zusammenfassung zu einer zentralen Führung, die aus Betriebsräten und Betriebsarbeitern hervorgeht mit der Aufgabe der Verhinderung jeglichen Streikbruchs, Einstellung aller Notstandsarbeiten, restliche Einbeziehung der Jugendlichen und Befehle in den Kampf, Streikpostenstellen, enge Verbindung zwischen den Organisierten und Unorganisierten, Herstellung der Verbindung mit den Nachbarbetrieben, Forderungen an die Kommunen, um die kämpfenden Metallarbeiter zu unterstützen, Appell an die Bertätigten des Industriegebietes zu einer Solidaritätsaktion, und Appell an die Bergarbeiter, die Transportarbeiter und die Arbeiter der lebenswichtigen Betriebe, sich vorzubereiten, um mit den vom Trustkapital unmittelbar bedrohten Metallarbeitern ein Kampfbündnis zu schließen.

Die Unternehmer gaben bereits zum Schiedspruch höhnische Erklärungen ab, während die reformistische Bureaucratie denselben begründete, obwohl er der Mehrheit der Hüttenarbeiter im Ruhrgebiet nichts und der Minderheit der im Stundenlohn Arbeitenden Bettelpfennige hinwarf. Aber das Trustkapital begnügte sich nicht mit der Kapitulation der Reformisten, sondern forderte die völlige, direkte und moralische Niederlage der Arbeiter, um den Massen das Bewußtsein einzuhämmern, daß sie geschlagen und dem Kapital auf Gedeih und Verderb ausgeliefert sind. Der ungeheuerliche Vorstoß der Unternehmer ist das Resultat der reformistischen Niederlagenstrategie. In jedem Kampf haben die Reformisten das Proletariat verraten und es mit hohlen Phrasen von der Wirtschaftsdemokratie und dem Lob des Schlichtungsschwindels abgelpelt.

Diese Niederlagenstrategie der Reformisten gehört zur Reaktionspolitik der Sozialdemokratie. Sie opfert schrankenlos alle Interessen der Arbeiter, sei es bei den Konföderationsverhandlungen in Preußen, beim Zoll- und Steuerkampf, beim Tanagerkreuzerbau oder bei den Millionenforderungen für die Reichswehr. Der Vorwärts bringt auch jetzt keine wirkliche Kampfmaßnahme, er fordert kein

Kampfbündnis mit den Unorganisierten, im Gegenteil, er spielt sie gegen die Organisierten aus. Er mobilisiert nicht die Bergarbeiter und die Eisenbahner. Er vertritt die Arbeiter, die bürgerlichen Gerichte anzurufen, um den Lohn einzuklagen.

Klasse gegen Klasse ist die wirkliche Lage.

Der Angriff der Schlotbarone eröffnete den Kampf. Auf die vom Kapital geplante Niederlage ist mit einem proletarischen Gegenstoß zu antworten. Es gilt, Belegschaftsversammlungen abzuhalten. Planmäßig muß die Niedertageaktion der Reformisten durchbrochen werden. Demonstrationen, Massenmeetings, Mobilisierung des Gesamtproletariats, Zusammenwerfung der kampftätigsten Kampffront über ganz Deutschland — so allein können die Arbeiter in diesem Riesenkampf Sieger bleiben.

Neue Verfolgungswelle

Eine neue Welle der Verfolgung der kommunistischen Bewegung hat in Folge der Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion in allen Ländern eingeleitet. Nachdem am Montag die Hamburger Staatsanwaltschaft die KPD-Zeitung „Rote Front“ in Berlin bei allen Straßenhändlern hatte beschlagnahmen lassen, fand am Dienstag in den Räumen der Bundesführung des KPD und im Karl-Viechnecht-Haus eine Hausdurchsuchung statt. Als Grund wird der Artikel zum Gedächtnis des Hamburger Oktoberaufstandes angegeben. In Hamburg wurde gefordert, die verantwortlichen Redakteure der kommunistischen „Hamburger Volkszeitung“, Gen. Hubert Heisch, verhaftet, obwohl er schwer krank ist und keine Haftunfähigkeit ärztlich festgestellt wurde. Seine Verhaftung erfolgte wegen des oben genannten Artikels. In der Tschechoslowakei ist gestern das kommunistische Zentralorgan „Rude Prava“ und das Abendblatt „Rude Vecer“ auf einen Monat verboten worden. In Polen hat die politische Polizei die gesamte Leitung der kommunistischen Partei der polnischen Ukraine, etwa 45 Funktionäre, verhaftet. In Litauen verurteilte das Kriegsgericht 2 kommunistische Arbeiter wegen Verbreitung revolutionärer Schriften zu je vier Jahren Zuchthaus. In Finnland wurde der Chefredakteur der kommunistischen Zeitung „Tieto“ sowie 20 andere Funktionäre verhaftet. In Japan wurde gestern über 34 angeklagte Kommunisten, die kommunistische Literatur verbreitet haben, insgesamt 400 Jahre Zwangsarbeit verhängt. Bisher sind in Japan 2400 Kommunisten verhaftet worden, mit der Begründung, die kommunistische Gefahr wachse in Japan täglich.

Auch in Dresden Hausdurchsuchung

Wie wir schon erfahren, hat heute vormittag auch in Dresden die Polizei eine Hausdurchsuchung im Gebäude des KPD, Jakobstraße, vorgenommen, und dabei 133 Zeitungen „Die Rote Front“ beschlagnahmt.

Textilarbeiter, vor die Front!

Verhindert die Stabilisierung eurer Hungerlöhne auf weitere 1 1/2 bis 2 Jahre

Eine Welle von Wirtschaftskämpfen durchbraut Deutschland. Heterall erblicken wir erbitterte Kämpfe, und neben den Metallarbeitern stehen besonders die Textilarbeiter unter dem Trommelfeu der Unternehmerverbände. Gerade in der Textilindustrie gehen die Kapitalisten mit ganz besonderer Brutalität vor. Kaum haben die Gewerkschaftsführer die Arbeiter in München-Gladbach wieder in die Betriebe gezwungen, da kündigen die Unternehmer einen weiteren halben Millon von Textilarbeitern den Lohnsturz auf. Ganz deutlich sehen wir hier die Auswirkung der letzten Bankierkrise in Köln und des Beschlusses des Arbeitgeberverbandes für die deutsche Textilindustrie, der Anfang September in einer Sitzung in Berlin gefaßt wurde. In diesem heißt es:

„Der Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie teilt mit: Die heute in Berlin vollständig versammelten Vertreter der dem Arbeitgeberverband der deutschen Textilindustrie angeschlossenen Bezirke- und Ortsverbände beschließen sich mit den in verschiedenen Textilbezirken ausgeschlossenen Arbeitkämpfern. Sie erblicken in den von den Textilgewerkschaften gestellten neuen Lohnforderungen die bestimmte Absicht, ohne Rücksicht auf die wirtschaftlichen Verhältnisse einer allgemeinen Erhöhung der Textilarbeiterlöhne im gesamten Reich den Weg zu bereiten. Aus dieser Erkenntnis heraus steht die gesamte deutsche Textilindustrie mit ihrem Spitzenverband hinter den angegriffenen Verbänden. Diese Verbände werden alle zur Verfügung zu stellen, um den von den Gewerkschaften eingeleiteten Kampf zu dem Ende zu führen, das den Wirtschaftserfordernissen und damit allein auf die Dauer auch den Interessen der Arbeiterschaft gerecht wird.“

Nun, und die Textilgewerkschaften haben ja bereits gezeigt, daß sie zur Durchsetzung ihrer Pläne nicht davor zurückschrecken, Hunderttausende auf das Straßenpflaster zu werfen. München-Gladbach war der Ausgangspunkt ihrer Offensive, und da sie auf Grund des veräulerten Verhaltens der Gewerkschaftsbureaucraten dabeih ihr Ziel erreicht haben, gedenken sie jetzt im Herzen der deutschen Textilindustrie, in Sachsen, ihre schamhaften Pläne durchzuführen.

Die Behauptung der Unternehmer, daß sie in einer „Notlage“ seien, ist durch und durch erlogen. Wohl macht sich eine gewisse Verengung des Absatzmarktes bemerkbar, in einigen Ländern, die bisher keine nennenswerte Textilproduktion zu verzeichnen hatten, ist eine Textilindustrie aufgebaut worden. Die kapitalistische Nationalisierung in allen Ländern hat zu einer starken Produktionssteigerung geführt. Der deutsche Inlandmarkt hat sich infolge der Verlesung breiter Massen verengt. Doch hat das Unternehmertum in den letzten Jahren große Gewinne gemacht, denn nach den amtlichen Zahlen ist der Reingewinn der Textilfabrikgesellschaften nach ihren eigenen Angaben von 43 Millionen im Jahre 1926 auf 76 Millionen im Jahre 1927, die Dividende von 36 auf 56 Millionen gestiegen. Dagegen werden im Durchschnitt in der deutschen Textilindustrie Wochenlöhne von 18 bis 36 Mark gezahlt. Aber weil die Gewerkschaftsführer diesem Machtkampf, den die Unternehmer den Arbeitern aufzwingen wollen, in München-Gladbach ausweichen sind, da die Unternehmer in diesem Bezirk ihren ersten großen Erfolg bei ihrer Lohnabschwächung zu verzeichnen hatten, erfolgt jetzt der Vorstoß der Textilbarone in ganz Deutschland. Oder war der Schiedspruch in München-Gladbach eine Niederlage der Unternehmer, wie die Gewerkschaftsführer behaupten? Nun, lassen wir das Organ der Textilkapitalisten, die „Textilzeitung“, selbst zu Worte kommen. In der Nummer vom 19. Oktober stellt die „Textilzeitung“ zum Ausgang des München-Gladbacher Kampfes folgendes fest:

„Immerhin ist eine wichtige Unternehmerforderung durchgeführt. Der Manteltarif läuft bis zum Dezember 1928, also noch 2 Jahre. Der Gehaltstarif bis April 1929, also mehr als 1 1/2 Jahre. Damit wird die geforderte Stabilisierung in der Lohnkalkulation auf eine ganz ansehnliche Zeit stabilisiert.“

Das ist das, was die Unternehmer in den nächsten Wochen in allen Industrien durchsetzen wollen. Die Festlegung der jetzt bestehenden Löhne auf weitere 1 1/2 bis 2 Jahre. Und es ist geradezu ein Verbrechen, wenn die Gewerkschaftsführer immer wieder behaupten, daß — weil ein Lohnabbau, den die Unternehmer durchsetzen wollten, „verhindert“ worden ist — nach dem einem Erfolg der Arbeiter gesprochen werden könne. Die gesamte Arbeiterschaft muß dieses veräulerte Spiel der Reformisten durchschauen. Eine Festlegung der niedrigen Löhne, selbst eine minimale Erhöhung des Lohnes um 4 bis 6 Prozent, bedeutet bei einer Laufdauer der Tarife von 1 1/2 bis 2 Jahren einen Abbau des Reallohnens. Schon in den nächsten Wochen und Monaten wird zweifellos eine weitere Steigerung der ge-

sche
in er-
jedes
„an-
von
nichts
rean-
üchten
weiter-
hrung
des
ischen
Reihö-
se vor-
fleier
wert-
n!
es
ihnen
ich sal-
S.-Gel-
nm im
Beur-
id ein
en der
nichts.
es.“
er der
an die
ne auf
erkm
i und
eispal-
schaft
teilmit-
fulktion
Führ-
er im
Jahr-
ausge-
gebenen
? Oh,
hon im
erg be-
cht nur
Reichs-
sierung,
ih eben
Streiks
stover-
ab nicht
bleiben.
i Bier-
politik-
er 1928
wirken,
mäßige
wenden.
Geleb
i Dutz-
nd die-
schwer-
ider.
M
B
sekretär
Erhard
igestellt.
n Jah-
ng in
en für
erhalten
wieder
sch nicht
in den
h durch
machte
te sogar
aber in
en war
gerichten
Rein-
ich ein
nehmer
u. Die
und bei
en auch
hen war
g seiner
on. Wer
u n je l.
gehoben,
ten vom
genannt
auch in
bedung.

Die Parteimitgliedschaft für den Etzi-Beschluß

Verzichtende Niederlage der Rechten in Dresden. — Die Betriebsarbeiter fordern Ausschluß Melchers, Kurt Wagner und Schreier

Gestern fand im großen Saal des Bürgergartens eine glänzende Parteimitgliedschaftskonferenz der Dresdener SPD statt, in der zu der innerparteilichen Lage und zur Haltung der örtlichen Parteileitung, sowie zu dem fraktionellen Treiben der rechten Gruppierungen Stellung genommen wurde. Der demagogische Ruf der rechten Fraktionsmacher nach dem Ausschluß der Parteimitgliedschaft über den Etzi-Beschluß fand hier ein bezeichnendes und erfreuliches Echo.

In einem stürmischen Beifall aufgenommenen Referat, sollte Genosse Ezzigried Kädel den ganzen Komplex der innerparteilichen Probleme und Differenzpunkte, mader behandelte. Zeigte sich schon bei den Ausführungen des Referenten vollkommene Einheitsfront der Meinung bei den Parteiarbeitern, so wurde dies noch deutlicher bemerkbar, als Ezzigried in 1/2stündiger Rede seine verächtliche und verantwortungslose Spaltungsarbeit sowie die seiner Fraktionsfreunde Kurt Wagner und Fritz Schreier zu verteidigen versuchte. Im weiteren Verlauf der Diskussion verfuhrte nur Genosse Rohde den Rechten Hilfeleistung zu leisten. Die Entscheidung des Genossen Kädel wurde zur Unterstützung lebhaftem Beifall ausgenommen. Wegen fortgeschrittener Zeit wurde ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen und nach einem wieder mit stürmischer Zustimmung angenommenen Schlußwort des Genossen Kädel wurde über die in der Dienstag-Nachmittag der Arbeiterstimme abgedruckte Resolution der Erweiterten Parteileitung „Front gegen den Menschwismus innerhalb und außerhalb der Partei“ abgestimmt.

Mit 253 Stimmen gegen 12 Stimmen bei 6 Enthaltungen wurde die Resolution von der Parteimitgliedschaft gebilligt.

Im Anschluß daran wurden zwei von den Betriebsarbeitern des Elektrizitätswerkes, des Eisenbahnbau- und Eisenbahn- und Seidel u. Raumann eingebrachten Anträge, die E zu beauftragen, Ezzigried, Kurt Wagner, Fritz Schreier wegen parteifremdlichen Verhaltens auszuschließen, zur Debatte gestellt. Treffend führte dazu einer der Betriebsvertreter aus, daß dieser Ausschluß nicht erfolgen solle wegen der politischen Meinung der Betreffenden, sondern we-

gen der schürflichen Spaltungsarbeit, die sie mit Unterstützung der sozialdemokratischen Presse und mit den Mitteln der Lüge, Verleumdung und des organisierten Fraktionskampfes, zu dem sie sich bekennen, vollzogen. Genosse Kädel formulierte die Anfrage folgendermaßen:

Kurt Wagner bezog hinter dem Rücken der Parteileitung und ohne die Mitgliedschaft seiner Zelle zu fragen, eine Verleumdung mit dem Parteiführer Haulen als Referent ein und verteilte dazu insgeheim Einladungskarten. Außerdem sabotierte er die Arbeit der Partei beim Volksbegehren durch Entfaltung wüster Fraktionsdiplomatie mit parteifremdlichem Material.

Fritz Schreier unterstützte diese Kampagne durch Herstellung der zahlreichen Fraktionsbriefe und Rundschreiben, die bis über den Rahmen der Partei hinaus gelangten und Ezzigried Melcher ist Inspirator und Leiter dieser Fraktionsarbeit, die er ebenfalls persönlich mit parteifremdlichen und verlogenen Kampfmethoden durchführt.

Sachlich konnten die drei auf diese Anklagen nichts erwidern und so wurde

der Ausschlußantrag mit 239 Stimmen (eine Anzahl Genossen hatte wegen der fortgeschrittenen Zeit nach der Resolutionsabstimmung die Sitzung verlassen) gegen 13 Stimmen bei 6 Enthaltungen angenommen.

Damit hat die Parteimitgliedschaft in munterer Tätigkeit geschlossenheit den Fraktionsmachern die verdiente Antwort gegeben. Die politische Diskussion ist damit auch nach Meinung der Parteileitung keineswegs abgeschlossen, sondern soll und kann nach der Sicherung der Partei von diesen Elementen auf höherem Niveau und mit politischen Mitteln durchgeführt werden. Die Partei wird um jeden christlichen Genossen, der in den Grundfragen unsicher, heute noch verächtliche Argumente der Rechten für richtig hält, ringen und in instruktiver Schulungs- und Aufklärungsarbeit die Rechten der Partei geschlossener als je in den Kampf um die nächsten vor der Partei stehenden Aufgaben führen. Die jetzt ausgetretenen rechten Fraktionsmacher und die sich zu lösende politische Situation geben der Partei neue ungeheure Möglichkeiten in die Hand der Arbeiterklasse die Notwendigkeit vor Augen zu führen, mit dem Reformismus zu brechen und unter dem Banner der kommunistischen Weltpartei den Kampf gegen die Ausbeuter und deren Helfershelfer Streik zu führen. Von diesem Geiste war die Parteimitgliedschaftskonferenz Groß-Dresden erfüllt.

stanten Lebenshaltungskosten einsehen, und es gilt, die Arbeiterkraft mit allen Mitteln gegen diesen teuflischen Plan, ihre Hungerlöhne auf diese Weise noch weiter herunterzubringen, aufmerkzaam zu machen und die notwendigen Kampfmaßnahmen dagegen einzuleiten. Auch hierüber drückt sich die „Textilzeitung“, das Organ des Unternehmerverbandes, ganz deutlich aus. Es erklärt in der Nummer 2:

„Nur langfristig festgelegte Beiträge geben der Industrie die Möglichkeit, auch ihren Arbeitern gegenüber die Verpflichtungen einzuhalten, die sie vor dem Staat und seiner Wirtschaft übernommen haben. Und nur eine Tarifbetriebsleitung auf dieser, für lange Zeit gesicherten Basis kann Kaufkraft und Warenpreis ausgleichen und einander anpassen.“

Diese letzte Forderung der Kapitalisten nach langfristigen Tarifverträgen haben in der letzten Zeit die kapitalistischen Schlichtungsinstanzen, mit dem sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Wiffel an der Spitze, voll und ganz erfüllt. Und wenn die Arbeiterkraft sich nicht auf weitere 1 1/2 bis 2 Jahre vom Traktatkapital die Hungerlöhne stabilisieren lassen soll, dann muß der Kampf gegen die Schlichtungsstelle mit aller Schärfe aufgenommen werden. Der Kampf gegen die vereinigte Front der Gewerkschaftsführer, Unternehmer und Regierung ist schwer. Der Streik der Hafenanarbeiter Hamburgs hat bewiesen, daß diese heilige Dreieinigkeit mit allen Mitteln, von den Kollkommandos des Reichsbanners angefangen bis zum Verbot der kommunistischen Zeitungen, alles unternehmen wird, um die Arbeiter niederzuschlagen. Aber um die weitere Vereinfachung der Arbeiterkraft zu verhindern, ist kein anderer Weg möglich, als die Aufnahme des Kampfes auf breiterer Front gegen die Klassenfeinde und ihre Agenten. Die Textilarbeiter stehen jetzt vor großen Aufgaben. In Schlesien, Sachsen, Baden, Hamburg, Hannover, Bielefeld und in der Lausitz stehen wir vor Auseinandersetzungen mit dem übermächtigen Traktatkapital. Und besonders die 400 000 sächsischen Textilarbeiter müssen die Lehren aus dem Kampfe ihrer Brüder am Niederrhein ziehen. Sie müssen erkennen, daß die Erhöhung der Hungerlöhne nur im härtesten Kampfe gegen die reformistische Gewerkschaftsbureaucratie und die Schlichtungsinstanzen möglich ist. Auf den Angriff der Unternehmer muß jetzt sofort die Gegenoffensive der Arbeiter einleiten. Nur dann wird es möglich sein, eine weitere Senkung des Reallohnes zu verhindern. Die jetzt in der Metalls- und Textilindustrie ausgebrochenen Kämpfe müssen vereinstetigt werden, denn der geschlossenen Front der Unternehmer kann nur in geschlossenen Reihen entgegengetreten werden.

Konferenz der Textilarbeiterfunktionäre

am 30. Oktober 1928 in Dresden

Die Gauleitung des Textilarbeiterverbandes teilt mit: Am 30. Oktober haben die Funktionäre des Deutschen Textilarbeiterverbandes, sowie die Vertreter der anderen Textilarbeiterorganisationen zu dem von den Arbeitgebernverbänden der Ost- und westfälischen Textilindustrie ausgesprochenen Kündigung der Lohnverträge Stellung genommen. Der Gauleiter, Kollege Jwahr, gibt einen Situationsbericht und weist nach, daß die bestehenden Löhne in Ost- und Westfalen zu den niedrigsten in ganz Deutschland gehören, und daß es demzufolge notwendig ist, die niedrigen Löhne der sächsischen Textilarbeiter zu erhöhen. Währenddem scheint die Kündigung der Arbeitgeber der Textilindustrie folgende, die Löhne abbauen zu wollen. Die Konferenz ist einmütig der Auffassung, daß die niedrige Lebenshaltung der Textilarbeiter durch eine Aufhebung der Löhne gehoben werden muß. Die Konferenzteilnehmer haben einmütig das volle Vertrauen zu den Verbandsleitungen, und werden deren Maßnahmen nachhaltig unterstützen. Dieser nichtstehende Bericht zeigt bereits, mit welcher unzulänglichen Mitteln die Verbandsführung den Angriff der Unternehmer zu beantworten gedenkt. Die Opposition, die selbstverständlich auftritt und einen konkreten Kampfweg vorschlägt, wird in diesem Bericht einfach totgeschwiegen. Wir werden deshalb morgen einen ausführlicheren Bericht bringen.

Explosion in einer Signolfabrik

Im Bozen, im Vorort Reisch kürzte das Fundament eines Villenneubaus an einem Abhang auf eine darunter liegende Villa. Eine Frau mit zwei Kindern, die die Villa betreten wollte, wurde erschüttert und getötet. Die Untersuchung der Ursache des Unglücks ergab belastendes Material gegen den Bauherrn.

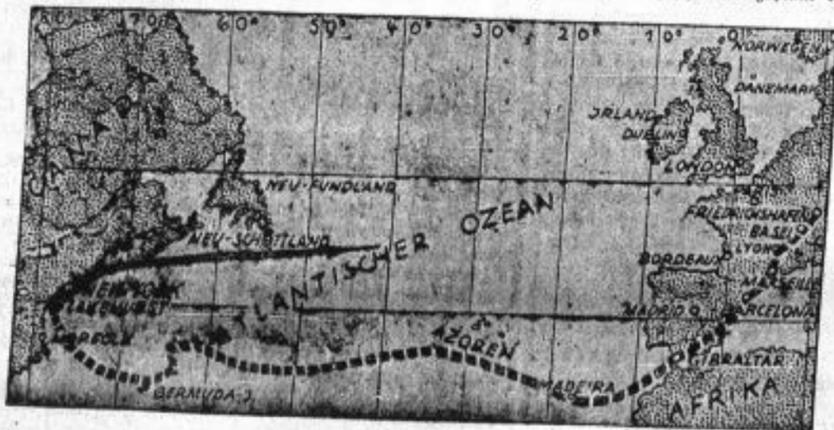
Zeppelin wieder in Friedrichshafen

Berlin, 1. November. (Eig. Funkmeldung.)

Heute um 7.05 Uhr landete „Graf Zeppelin“ in Friedrichshafen. Der Rückflug vollzog sich unter demselben Klammogelächrei wie die Hinflucht. Die technische Leistung tritt deshalb mehr und mehr hinter der öffentlichen Propaganda zurück. Gestern fuhr das Luftschiff, trotz teilweise sehr schlechtem Wetter, die Strecke zurück. „Graf Zeppelin“ führt außer den Fahrgästen noch 49 745 Briefe und 3 938 Postkarten mit. Aber auch ein neuer Klammogelächrei wurde mitgeführt. Ein „blinder Passagier“, halberwachsen in der Gondel aufgefunden, sechzehnjährig, war und ist der neueste Schläger, der an Tränendrüse appellieren und Nahrungsausbrüche herbeiführen sollte. Und er hat es ausgiebig getan. Diesmal steht hinter dem Klammogelächrei nach der Mitteilung der Welt am Abend nicht ein amerikanischer Verleger sondern der Scherl-Berlag, der bekanntlich das Vertriebsmonopol mit innehat.

Die Unternehmer haben mit beiden Händen nach dieser neuen Sensation gefaßt, und so liegen zahlreiche Angebote an Clarence Terhune (so heißt der „blinde Passagier“) vor, die glänzende Engagements für den Zirkus Hagenbeck, einer Firma aus Wachen, einer Berliner Tanzbar usw. enthalten. Terhune soll jedoch bereits von der Hearst-Presse engagiert worden sein. Diese widersprüchlichen Dreiecksbeziehungen bei der Zeppelfahrt zeigen deutlich, wie schamlos technische Fortschritt in den geldgierigen Klauen des Kapitals benutzt wird. Und dazu gibt es Dankgottesdienste und Hochs und Kanakertelegramme... alles für Geld.

Die punktierte Linie zeigt den Weg des Luftschiffes nach Amerika, die durchgezogene mit einem Pfeil endende Linie, die gegenwärtige Fahrt. Die nördliche Route über den Ozean wird auch von den Atlantik-Dampfern befahren.



„Einfügung Deutschlands in die antibolschewistische Europafront“

Feststellung eines sozialdemokratischen Organs über die Kriegsgefahr

Das „Sächsische Volksblatt“ vom 30. Oktober kommt in einem Aufsatz über „Proletariat und Reparation“ zu folgender Feststellung:

„Neu an der Ausrollung des Reparationsproblems ist nicht das deutsche und französische Ziel, sondern die ungemein aktive Rolle, die England dabei übernommen hat. Es scheint dabei Absichten zu haben, die eine Einfügung Deutschlands in die antibolschewistische Europafront zu bewirken, die der englische Imperialismus möglichst geschlossen haben muß, wenn er es zu einem Zusammenstoß mit Sowjetrußland treiben will.“

Hier wird, wenn auch in einer schwächlichen und unklaren Form, die treibende Kraft der internationalen bürgerlichen Außenpolitik aufgezeigt. Was die Kommunisten seit vielen Jahren stetig wiederholt, was sie insbesondere in den letzten Monaten an Hand der Taten nachgewiesen haben, wird hier dem Leser nach gegeben. Das „Sächsische Volksblatt“ stellt weiter fest, daß England in der Reparationsfrage die Pläne Frankreichs unterstützt, die darauf hinauslaufen, eine antiamerikanische Einheitsfront herzustellen, die Reparationsfrage mit der Regelung der französisch-amerikanischen Schulden zu unterbinden, und fügt hinzu:

„Die Arbeiterklasse wird scharf aufpassen haben, daß hierauf nicht eine Bindung Deutschlands an die imperialistischen Pläne Englands und Frankreichs entsteht, die es über kurz oder lang zu einem aktiven Kriegspartnern und zum Schauplatz des Krieges selbst machen könnte.“

Weberum wird die ungeheure Gefahr der Einbeziehung Deutschlands in die englisch-französische Kriegsfront, die wir nach den Genfer Verhandlungen feststellen haben, wenn auch in einer irreführenden Form gegeben. Aber was verschweigt das Sächsische Volksblatt? Es verschweigt, daß diese Bindung Deutschlands an die imperialistischen Pläne Englands und Frankreichs praktisch schon erfolgt ist. Es verschweigt, daß Hermann Müller in Genf und seitdem als treuer Diener und als eifrigster Wortführer eine Politik betreibt, die diese Bindung, diese Einbeziehung Deutschlands in die westliche Kriegsfront gegen Sowjetrußland auf der ganzen Linie fördert und festigt. Ein Stück dieser Politik war der Panzerkreuzerbeschuß vom 10. August, ein Stück des Kampfes gegen die imperialistische Kriegspolitik war das Volksbegehren der SPD, das das „Sächsische Volksblatt“ durch die niederträchtigste Verleumdungskampagne als „kommunistischen Schwindel“ bekämpft hat. Wenn die „Anten“ sozialdemokratischen Führer heute wieder von der Steigerung der Kriegsgefahr, insbesondere der wachsenden Gefahr eines Krieges gegen die Sowjetunion reden, so verfolgen sie dabei den Zweck, in Erwartung kommender Dinge sich vor der Arbeiterklasse ein Bild zu verschaffen.

Die linken sozialdemokratischen Arbeiter, deren Sympathien für den Arbeiterstaat keine sozialdemokratische Verleumdungskampagne, kein Sowjetrußland-Schwindel zu vernichten vermocht, müssen aber erkennen, daß ein wirklicher Kampf gegen die imperialistischen Kriegspläne der vereinigten englisch-fran-

zösisch-deutschen Ausbeuterklasse nicht mit, sondern nur gegen die „linken“ Panzerkreuzer-Politiker vom Schlage der Endemik, Köchel usw. geführt werden kann.

Guhmann freigesprochen

Im Essen, 30. Oktober. Im Huhmann-Freizeit wurde am Dienstag, nach 19 Uhr, folgendes Urteil verkündet: Der Angeklagte wird auf Kosten der Staatskasse freigesprochen. Es ergeht der Befehl: Der erlassene Haftbefehl wird aufgehoben.

Mit diesem Urteil ist der Prozeß, der durch die sensationelle Aufmachung der bürgerlichen Presse zwei Wochen lang zum Gespräch der Öffentlichkeit gemacht wurde, beendet. Der Freispruch mußte erfolgen, weil die Indizien seinen tatsächlichen Schuldbeweis Guhmanns am Sexualmord an Helmut Daus erbringen konnten.

Der Prozeß Guhmann ist nicht, ohne daß der Sexualmord in Gladbek geklärt worden wäre. Guhmann hatte Glück, daß er, aus bourgeoisen Familien stammend, die Sympathie aller Reaktionskräfte bekam; deshalb wurde er nicht auf Grund von Indizien verurteilt. Bei Talschowski, dem armen und hilflosen politischen Landarbeiter, der nicht richtig deutsch sprechen konnte, genügt der Mecklenburger Akzent, um viel weniger Indizienbeweis, um an ihm einen Talschowski zu erröten.

Etwas „Reinhold“ hat die große Aufmachung des Guhmann-Prozesses gebracht; den Einblick in das verlogene Milieu der Gladbeker Biberkämpfers, wo muffige Frömmerei, Sauferei und dumpe Unaufmerksamkeit der bürgerlichen Jugend nicht nebeneinander dauern. Ein kapitalistisches „Kultur“bild!

Ein Ein- und Ausbrecher erschossen

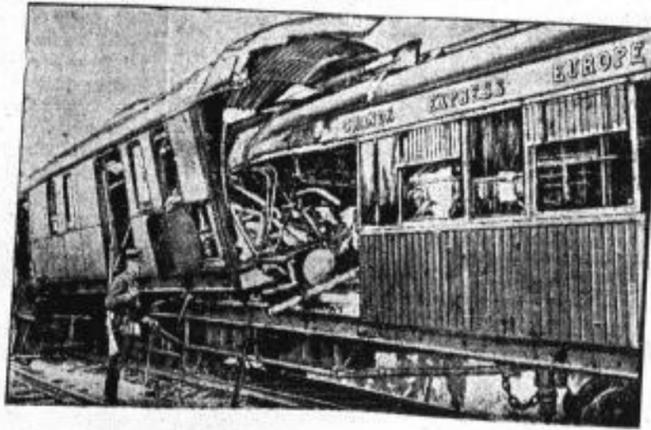
Im Altenburg. Der berühmte Ein- und Ausbrecher Johann Müller wurde in der Nacht zum Montag nach einem kurzen Feuergefecht mit einem Polizeibeamten erschossen. Müller, dem es gelungen war, aus der Gefangenschaft zu entkommen, hatte in der letzten Zeit wieder der Grund von Indizien rekurriert. Bei Talschowski, dem armen und hilflosen politischen Landarbeiter, der nicht richtig deutsch sprechen konnte, genügt der Mecklenburger Akzent, um viel weniger Indizienbeweis, um an ihm einen Talschowski zu erröten. Während der Komplize fliehen konnte, wurde Müller von einem Polizeibeamten gestellt. Der Verbrecher gab sofort aus einem Revolver mehrere Schüsse auf den Beamten ab, so daß dieser ebenfalls zu Waffe greifen mußte. Er streckte den Verbrecher durch einen Kopfschuß nieder.

Schweres Baunglück in Bozen

Im Magdeburg. Am Dienstag mittag ereignete sich in der Signolfabrik in Schönebeck ein folgenschweres Explosionsunglück. In dem dortigen Laboratorium waren die beiden Chemiker Dr. Köffel und Dr. Wiemann mit Kontrollversuchen für eine neue Sprengkapsel beschäftigt, als plötzlich eine fürchterliche Detonation erfolgte und beide Klammern emporschlugen. Während Dr. Wiemann nur leichtere Brandwunden erlitt, wurde Dr. Köffel schwer verletzt, und man bezweifelt sogar, daß er mit dem Leben davonkommen wird. Der Unglückliche ist erst seit einer Woche verheiratet. Ein an der Wasserleitung beschädigtes junges Mädchen, dem der Ausgang versperrt war, sprang aus dem Fenster. Das Laboratorium ist ein einziger Trümmerhaufen.

Die große Eisenbahntatastrophe in Rumänien

Unter Bild zeigt den Schlafwagen des Simlonezexpresses, der vollständig zerstört wurde. Man sieht auf dem Bild deutlich, wie sich durch die fürchterliche Gewalt des Zusammenstoßes die Wagen ineinandergebeugt haben.



Vor zehn Jahren

Wilhelms Generale und die reformistische Gewerkschaftsbureaucratie in Einheitsfront gegen die freigewerkschaftliche Arbeiterchaft / Ein Dokument der sozialdemokratischen Verräterei vor zehn Jahren

Wir sind in der Lage, nachstehend aus dem Reichstagsmaterial des Kriegsministeriums unter Wilhelm II. aus der Zeit vor 10 Jahren, d. h. der zweiten Hälfte des Jahres 1918, ein Dokument der Öffentlichkeit zu übergeben...

Reichstagsmaterial für AD. Aufgestellt 1918. Major Graf v. Böttingen.

Geheim! Betrifft: Das durch das Oberkommando in den Marken ausgesprochene Verbot der Versammlungen der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes zum Zwecke der Abstimmung über die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung des Verbandes.

Zu Nr. 3758/18, g. A. 1. 1. Abzugebende Erklärung:

Das Verbot ist gerechtfertigt, weil der Zweck der Versammlungen auf einen Wechsel des Vorstandes gerichtet ist, durch welchen der gesamte Verband in die Arme der unabhängigen Sozialdemokratischen Partei gerieten würde.

2. Erläuterungen.

Es war bekannt geworden, daß im Bereich der Verwaltungsstelle Berlin des Deutschen Metallarbeiterverbandes im März 1918 unter den Mitgliedern Abstimmungen vorgenommen werden sollten, um von dem Verbandsvorstand die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung zu erzwingen.

Bericht des Hells, Generaldos. 10. A. K. v. 26. 1. 18 Hdt. Abwehr 13 Nr. 16 966.

Nach dem Bericht des im Kriegsamt (CD) tätigen Vorstandsmitgliedes des Deutschen Metallarbeiterverbandes Schilde sind die geplanten Versammlungen vom Oberkommando in den Marken verboten worden. Das Kriegsamt hält dieses Verbot nicht für gerechtfertigt, weil dadurch die Opposition gegen den Vorstand verstärkt würde.

Das Kriegsministerium teilt diese Ansicht nicht. Die Zulassung von Versammlungen lediglich zur Abstimmung über die Einberufung einer außerordentlichen Verbandstages des DMB würde eine erheblich größere Erregung in Arbeiterkreisen zur Folge haben, wenn daraufhin der Außerordentliche Verbandstag selbst verboten werden müßte.

Was ergibt sich aus diesem Dokument? Zunächst die Tatsache, über die niemand erkaunt sein kann, daß das Kriegsministerium Wilhelm II. sich mit den brutalsten Mitteln der Unterdrückung gegen die freigewerkschaftlichen Arbeiter, in diesem Fall die Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbandes, wandte und ihnen die Ausübung des Koalitionsrechtes unmöglich zu machen suchte.

weiteren die schon viel belastendere Tatsache, die freilich nur zu verständlich ist, daß die Generale Wilhelm II. an der Aufrechterhaltung der reformistischen Führung in den Gewerkschaften zum Zwecke der Durchhaltepolitik und Kriegsverlängerung mehr als interessiert waren.

lieferte, auf Grund dessen jene brutalen Maßnahmen erfolgten. Und dieser Mann, den die Verachtung jedes klassenbewußten Arbeiters treffen muß, ist noch heute „angegebenes Mitglied“ der SPD.

Nun allerdings: die reformistische Bureaucratie von heute ist den Schicksalen und Konforten der Kriegszeit nicht schuldig geblieben. Die reformistische Gewerkschaftsbureaucratie verbündet sich heute genau so sehr mit den Mächten des kapitalistischen Staatsapparates gegen die Arbeiterchaft.

Die klassenbewußten Arbeiter in den freien Gewerkschaften müssen mit diesen Arbeiterfeinden aufräumen!

Friedrich Engels gegen die Rechten während des Sozialistengesetzes

(Aus einem Brief an Sorge vom 20. Juni 1882)

Dieses wichtige, bisher unveröffentlichte marxistische Dokument, das uns das Marx-Engels-Institut zur Verfügung stellt, enthält folgende Stelle:

In Deutschland gehen die Sachen im Ganzen vortrefflich. Zwar haben die Herren Literaten der Partei verstanden, eine reaktionär-bürgerlich-jahm-gebildete Schwänkung durchzuführen. Aber sie ist glänzend gescheitert! Die Familie, denen die sozialdemokratischen Arbeiter liberal angetan sind, haben diese liberal viel revolutionärer gemacht, als sie noch vor 3 Jahren gewesen.

Flügel bilden, wo man dann von Fall zu Fall mit ihnen verhandeln kann, bis sie endlich definitiv auf den Tisch fallen. Wir haben das schon gleich nach Erlaß des S.-Ges. (Sozialistengesetzes) erklärt, als Höchberg und Schamm im „Jahrbuch“ eine unter den Umständen ganz infame Beurteilung der bisherigen Parteitätigkeit losließen und ein mehr gebildetes, wohlständiges, salonsfähiges Betragen der Partei verlangten.

Dieser Brief von Engels an Sorge ist nur einer der vielen Briefe, die Engels in den achtziger Jahren an die verschiedensten deutschen Parteifreunde richtete, um sie auf opportunistische Sünden innerhalb der Partei aufmerksam zu machen und sie im Kampf gegen Kleinbürgererei und Rechtsgefährden zu stärken.

Der Herr lobt den Knecht

Duisbergs Ehrenalamander für Severing

Die Volkshilfe Zeitung meldet:

Im Anschluß an die Tagung der Wirtschaftshilfe der Deutschen Studentenschaft gaben gestern Abend der Reichsminister des Innern, Severing, und der Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius einen Bierabend bei Kroll, auf dem sie als die Vertreter der Reichsbehörden dem großen Wert der Studentenhilfe auch weiterhin die tatkräftige Förderung durch das Reich zusagten.

Der Vorsitzende des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, der mal im Westen des Reiches, mal in Berlin, mal in Mitteldeutschland ein paar hunderttausend Arbeiter auspernt, läßt einen Ehrenalamander für Severing reiden. Hat er nicht

recht? Ist er nicht wirklich Severing zu Dank verpflichtet? Ob, die beiden kennen sich nicht erst seit heute und gestern. Schon im Frühjahr 1920 haben sie im Ruhrgebiet, wo Herr Duisberg beheimatet ist, zusammengelassen. Da wurde allerdings nicht nur Bier getrunken, sondern nebenher noch dem damaligen Reichskommissar und heutigen Innenminister, Sozialdemokrat Severing, einige Verordnungen unterschrieben, in denen auf Wunsch eben des Duisbergs und seiner Klagengehilfen sämtliche Streiks verboten, Betriebsratkonferenzen aufgelöst und Belegschaftsversammlungen unterjocht wurden.

„Aber mit der Vernunft auf die Parteien einzuwirken, das habe man allgemein aufgegeben. Nur durch planmäßige Beeinflussung lassen sich alle Schwierigkeiten überwinden. Darum müssen sich alle Herren darüber klar sein, daß sie Geld aufbringen müssen.“

Mit diesen Worten, denen die Tat schnell folgte, hat Duisberg die politische Korruption zum System erhoben. Und diejenigen, auf die es ihm ankam, machen denn auch seine schwerindustrielle Politik, gegen bar Geld — und Ehrenalamander.

Ein toller Korruptionsfall in der Ludwigschafener SPD

Vor kurzem ist in Ludwigschafen der Gewerkschaftssekretär des Deutschen Reichsverbandes, der Sozialdemokrat Ehrhard Kiedel unter Mitnahme von 22.000 Mark geflüchtet.

Kiedel war seit 1919 beim Deutschen Reichsverband angeheft. 1924 erhielt er die Kaffierung für die größeren plötzlichen Zehntelkosten. Die Oberaufsicht lag bei der Bezirksverwaltung in Mannheim. Kiedel machte auffällig große Ausgaben für Wohnungseinrichtungen, für die die Gewerkschaftskasse herhalten mußte. Dem kontrollierenden Beamten schickte er immer wieder vor, daß größere Markenbestände in den Ortsgruppen noch nicht abgerechnet seien.

Der Fall Kiedel ist nicht der einzige in Ludwigschafen. Vor wenigen Tagen mußte der sozialdemokratische Stadtrat G. u. J. L. Magazinerwörter im hiesigen Kantonsrats Ludwigschafen, wegen Ausnutzung seiner Stellung zu unzulässigen Zwecken vom Amt suspendiert werden.

Fällige Gemeinde-, Reichs- und Staatssteuern im November

Im November sind an die kommunalen Steuerstellen folgende Steuern zu zahlen:

Der Gemeindezuschlag zur staatlichen Grundvermögenssteuer, gleich 200 Prozent des staatlichen Satzes und die Haussteuer in der Höhe der Beiträge des Monats Oktober. Desgleichen der Sitzstempelbeitrag nach dem Satz der Veranlagung für 1928, soweit nicht inwischen die endgültige Veranlagung für 1927 durchgeführt ist.

Die Gemeindefürsorgesteuer ist ebenfalls für die zweite Oktoberhälfte und die erste Novemberhälfte bis zum 28. November zu bezahlen. Die fälligen Reichsteuern sind die folgenden:

Die Umsatzsteuer muß bis zum 10. November entrichtet sein. Die nächste Vorauszahlung ist dann erst am 10. Januar fällig.

Die Vermögenssteuer bis zum 10. November (Vierteljahresrate). Die Höhe der Zahlung ergibt sich aus dem letzten Vermögenssteuerbescheid. Sowie der Bescheid für 1928 noch nicht zugegangen ist, ist der Bescheid 1927 noch einmal maßgebend.

Die Einkommensteuer bis zum 15. November. Nur für Landwirte. Es ist eine Zahlung in Höhe der halben Jahreszahlung fällig. Bei der Vermögenssteuer haben die Landwirte ebenfalls eine Halbjahresrate zu zahlen.

Fällige Staatssteuern für Frauen: Bis zum 16. November Gewerbesteuer. Fällig ist die Vierteljahresrate für das laufende Vierteljahr. Grundvermögenssteuer. Der Betrag für den Monat November ist zu zahlen. Der Land- und forstwirtschaftlichen Grundbesitzer ist eine Vierteljahresrate für das laufende Vierteljahr fällig.

Hauszinssteuer für den Monat November nach dem Satz vom Oktober. Dazu kommen noch die am Jahresanfang fälligen Zinsen für Hypotheken und sonstige Kredite, die Wuchszinsen, Beiträge zur Landwirtschaftskammer, Berufsgenossenschaft und Versicherungsanstalt, Begleichung irgendwelcher anderer Schulden für Saatgut, Düngemittel, Futtermittel, Aufbesserung des Vieh-

bestandes und sonstiger Gerätschaften, Stellmachers, Sattler, Schmiederechnung usw.

Vom 1. November bis 1. Januar müssen die Handwerker, kleinen Geschäftsleute und werktätigen Bauern wieder tief in ihren Geldbeutel greifen, um den Steuerhobel und alle übrigen Gläubiger zufriedigen zu können. Wir wissen genau, daß Tausende dieser kleinen Leute ihren Verpflichtungen nicht tolllos nachkommen können und daß das neue Jahr 1929 bei ihnen wieder mit Pfändungen und Zwangsversteigerungen eingeleitet wird.

Nur die einheimische Kampfront aller Werttätigen gegen die Hungerregierung und ihren Kredit- und Steuerentlastungsschwindel kann zur Verringerung der augenblicklichen unethischen Verhältnisse beitragen.

Sozialdemokratische Denunzianten

Der Senator a. D. Körtling in Westfalen war ein fleißiger Schreiber anonymen Briefe. So denunzierte er beim Vorstand und Ausschussrat des Bauvereins Geseimünde einen Arbeiter, der wiederholt in Vorlesungen gegen A. opponiert hatte. Die Folge war, daß der Arbeiter seinen Posten verlor.

Die proletarische Lesehalle

Jack London: Der rote. (Universitas, Berlin, 300 S. 3 Mk.) Der rote, das ist weder ein Buch, noch ein Volkswort, das ist eine ungeheure Meteorologie, die von irgendwelchen menschenfressenden Südländern als Gott verehrt wird und die, in Bewegung gebracht, einen jenseitigen Ton von sich gibt. Ein Europäer, der ihr Geheimnis löst, hört das mit seinem Leben. Diese und fünf ähnliche Erzählungen, füllen den neuesten Band des unangelegenen Jack, der nicht nur hier neben Meisterwerken auch Banales bringt. So leben neben Kostbarkeiten, wie „Atop“, Geschichte eines neugierigen Goldsuchers, „Frauenzimmer“, Märchen von einem unendlichen Goldsucher, „Prinzessin“, auch solche Nichtigkeiten, wie „Der Feind der ganzen Welt“ und „Samuel“, richtige Sensationsoberfladen für 10 Cent die Zeile.

Aber um der „Prinzessin“ willen, sollte jeder das Buch lesen. Da kommen drei Menschenwörter zusammen, alles Krüppel, denen ein Arm fehlt. Von einem spiritusähnlichen Getränk angezogen, erzählen sie einander die Geschichten ihrer „Prinzessin“. Wie sie liebten, litten, glücklich waren, wie ihnen der Kauf einer Stunde den Mund öffnet. Diese Erzählung ist ein solches Meisterwerk, London hat es hier derartig verstanden, die Welt der unterirdischen Menschen zu öffnen, und zu zeichnen, daß jeder Mensch erschüttert und gedankt diese Menschen des Abgrunds lieben muß.

Abenteuer des Schienenstranges. Jack London schildert in diesem Buch („Abenteuer des Schienenstranges“, Universitas, Berlin) seine Vandräubererlebnisse auf den amerikanischen Eisenbahnen. Die Erzählungen, wie er als blinder Passagier von nächtlichen rasenden Zügen „geschmissen“ wird, wie er in seinen beherrschenden Kämpfen mit dem Eisenbahnpersonal immer wieder aufspringt, seinen Platz in der Jagd über Dächer bei großer Lebensgefahr verteidigt, ist von atemberaubender Spannung.

Jack London ist als Vandräuber nicht nur ein Krafteier, der das Tollste magt. Er ist nicht nur ein Abenteuerer, der sich außerhalb der kapitalistischen Fein und im individuellen Kampf gegen einzelne ihrer Staatsorgane wohlfühlt. Er hat offene Augen, prachsvollen Witz, der nicht gegen die kapitalistische Gesellschaft überhaupt, die Schilderung der Schrecken des Eric-Comnys-Zuchthaus der amerikanischen Zuchthausarbeit, geht zu den schärfsten sozialen Anklagen gegen die amerikanische „Demokratie“, die ein zynisches System der gegenseitigen Ausbeutung der Zuchthausgefangenen, ihrer Brutalisierung durch forwärtige „Vertrauensmänner“ und Senkerrechte von Wärttern ist in den neunziger Jahren befaß, und die — man lesepton Sinclair! — ihre Foltermethoden inzwischen im Zeichen der Fylterdemokratie barbarisch vervollkommen hat.

Erschütternd ist es, wenn die aus sozialer Not und Abenteuerlust zu Landstreicher gewordenen, hilflos in den eldigen Nächten, mit kraftlosen und fast erfrorenen Körpern, in irgendeinem zerlumpten Schuppen liegen und nichts als ihr jammervolles „Wie wieder Vandräuber!“ in die erbarungslose Nacht hinausstreuen.

Wie ist dieses Buch geschrieben! Es würde sich lohnen, viele der sozialkämpferischen Teile dieser Schilderungen durch Zeitungsabdrucke auch allen Arbeiterlesern zugänglich zu machen. „Aben-

teurer des Schienenstranges“ gehört zu den empfehlenswerten Büchern der heutigen erzählenden Literatur.

Die Flucht aus der Hölle von Albert Londres. Unter diesem Titel erscheint loben im Neuen Deutschen Verlag, Berlin, als preiswertes Buch eine außerordentlich spannende Reportage von dem berühmten französischen Journalisten Albert Londres. Das Werk behandelt in einer von Anfang bis Ende gleich fesselnden Darstellung die Geschichte des Bagnosträflings Dieudonné und seine abenteuerliche Flucht. Dieudonné wurde vor 16 Jahren im Zusammenhang mit den von anarcho-syndicalistischen Automobildiebstahl begangenen Mordfällen fälschlich zum Tode verurteilt und später zum lebenslänglichen Bagno „begnadigt“. Die Verurteilung stützte sich auf Indizienbeweise, die genau so mühsam gesammelt und falsch waren wie jene durch die Sacco und Vanzetti unshuldig zum Tode verurteilt wurden. Eine weitere Beihilfe mit dem Fall Sacco und Vanzetti besteht darin, daß die Verurteilung Dieudonnés ebenfalls in einer Atmosphäre hysterischer Anarcho-syndicalistischer Ausgeprochen wurde und zur Verurteilung der aufgeregten Spießbürger dienen sollte.

Nachdem Dieudonné bereits über 16 Jahre unshuldig im Bagno verbracht hatte, gelang es ihm zu fliehen und die Kolonisation seines Freiheitens zu erreichen. In dem Buch von Londres werden die einzelnen Etappen dieser abenteuerlichen Flucht geschildert, die so aufregend war, daß die ganze Tatfrage eines unshuldigen Verurteilten dazu gehörte, um sie durchzuführen zu können.

Wir empfehlen unsern Lesern das ausgezeichnete Buch, aus dem sie ein gutes Bild der in Frankreich ebenso wie in Deutschland herrschenden Klassenjustiz gewinnen können.

Im Verlage von Carl Reißner in Dresden ist jochen ein Buch von dem ehemaligen deutschen Generalkonsul Dr. Carl F. Falck erschienen. Dr. Falck schildert in seinem Werk „Vor dem Eintritt Amerikas in den Weltkrieg“ eingehend die vor und nach Kriegsausbruch in Amerika herrschenden Verhältnisse und gibt interessante Einblicke in die Arbeit der deutschen Diplomatie.

Der Verlag für Literatur und Politik bringt als Veröffentlichung der Kommunistischen Akademie in Moskau: L. K. Tolstoj im Spiegel des Marxismus und Bolschewikts historische Aufsätze im Herbst und Winter heraus.

Was Arbeiter auf dem Lande lesen. Ueber die Lesart der Arbeiter und Angestellten der Großindustrie auf dem Lande gibt interessanten Aufschluß die Fabrikation der Wolfener Fabrikanten der TG Farbenindustrie-Gesellschaft. In der Reichsbibliothek wurden 1927 44.302 Bände ausgeliehen, und zwar an 3300 Leser bei einer Belegschaft von 12.000. Die höchste Ziffer erreichten die Bücher der Weinburg; sie wurden 1330mal ausgeliehen, Werke von Gungahof 1127mal, die Romane der Gräfin Balketren-Blersfeld 866mal, die der Nataly v. Gschiruth 889mal, die Romane von Rudolf Herzog 826mal, die von Paul Schrodenbach 667mal, die des Freiherrn v. Schlicht 430mal, die Werke Gustav Freytags 415mal, die Gustav Freytags 366mal, die von Paul Höder 354mal. Auch in den Statistiken anderer Fabriken stehen Freytag, Keller, Gungahof, Zahn, Rosenger, Voss, Schrodenbach an der Spitze.

Diese Statistik, die in bürgerlichen Zeitungen Dresdens erscheint (sie wurde erstmalig von der literarischen Welt gebracht) ist in mehr als einer Hinsicht irreführend. Die Statistik ist bestimmt durch den tatsächlichen Bestand der Fabrikbibliothek. Es muß füglich heißen: Was die Unternehmer den Arbeitern (und das in ganz bewusster Absicht) an geistiger Nahrung verabfolgen. Ferner zeigt diese einzelne Statistik natürlich keinen Querschnitt durch den Vorkost der Arbeiterklasse überhaupt. Wo sie sich (die Arbeiterklasse) frei gemacht hat von feindlicher Verleumdung, wo der Reformismus (auch in geistigen Dingen) beiseite wird, da kann Gungahof und Freytag einzupfen, da regieren London, Böcher, Kisch, Gorki, Kollontaj, da regieren die Dichter des Proletariats die Stunde und die Köpfe.

Karl Marx über Goethe

Goethe verhält sich in seinen Werken auf eine zweifache Weise zur deutschen Gesellschaft seiner Zeit. Bald ist er ihr feindlich; er sucht der ihm Widerwärtigen zu entfliehen. Wie in der Iphigenie und überhaupt während der italienischen Reise, er rebelliert gegen sie als Götter, Prometheus und Faust, er schüttelt als Mephistopheles seinen bittersten Spott über sie aus. Bald dagegen ist er ihr beizunehmen, „schick“ sich in sie, wie in der Bekehrung der Jähren Kenien und vielen profanistischen Schriften, jetzt sie, wie in den Masenbüchern, ja, verteidigt sie gegen die andringende geschichtliche Revolution zu sprechen kommt. Es sind nicht nur einzelne Seiten des deutschen Lebens, die Goethe anerkennt, gegen andere, die ihm widerstreben. Es sind häufiger verschiedene Stimmungen, in denen er sich befindet; es ist ein fortwährender Kampf in ihm zwischen dem genialen Dichter, den die Misere seiner Umgebung anzelt, und dem behutsamen Frankfurter Ratsherrnkind bjm. Weimarschen Geheimrat, der sich genötigt sieht, Waffenstillstand mit ihr zu schließen und sich an sie zu gewöhnen. So ist Goethe halb tollst, bald feindsich; bald trostiges, spottendes, meistverachtendes Genie, bald rücksichtsvoller, genugsamer, enger Philister. In diesem Dilemma, in einer Lebenssphäre zu existieren, die er verachten mußte, und doch an dieser Spitze als die einzige, in welcher er sich betätigen konnte, gefesselt zu sein, in diesem Dilemma hat sich Goethe fortwährend befunden, und je älter er wurde, desto mehr sog sich der gewaltige Poet, de quere lasse, hinter den unbedeutenden Weimarschen Minister zurück. Wir werfen Goethe nicht a la Wärme und Menzel vor, daß er nicht liberal war, sondern, daß er zu Zeiten auch Philister sein konnte; nicht, daß er Hofmann war, sondern, daß er zur Zeit, wo ein Napoleon den großen deutschen Anglisten auszuwimmte, die wichtigsten deutschen Höfen mit feierlichem Ernst betreiben konnte. Wir machen überhaupt weder vom moralischen noch vom Parteistandpunkt aus Vorwürfe; wir messen Goethe weder am moralischen noch am politischen noch am „menschlichen“ Maßstab.

(Brücker Deutsche Zeitung.)

Ämtliche Bekanntmachungen

— Freitag —
Freibank, Freitag den 2. November ab 7 Uhr normittags findet Verkauf von rotem Rindfleisch im Stadtteil Hofschappel, Hof des früheren Rathauses, statt. Preis pro Pfund 40 Pf.
Der Rat der Stadt Freitag, den 1. November 1928.

**Ullmanns
Fayulbrühen**
Lidn zu wunlanqun
Wlburall zu faban

**Wolff
Dümpeli**
DIE MARKE DER FEINSCHMECKER

**Georg
Dümpel**
Lütker Jungert
RUF:
25741-21777-21736-22736

Diese Woche billige, frische
Eier
à Stück 11 Pf.
Neimsdorfer Molkerel
Pirna, Waisenhausstraße 14
von Ja. Hase Auto-Milch

Alle Arbeiter und Beamten decken ihren Bedarf an Holz u. Kohlen bei
Haynk & Kirsten
Stadtgeschl.: Dresden-A. 1
Palmstraße 49, Fernsprecher 11917
Zweiggeschl.: Dresden-Laubegast
Iglauerstraße 11, Fernruf Amt Niederschleiß

Wie nützlich
sind mir Scheren, Messer! Ich haud beim Fachman — nirgends besser! — sagt die Hausfrau und empfiehlt stets das Stahlwerkzeuggeschäft mit eigener Schulleiter, **Georg Kitzel**, Pirna, Schöbergasse, Nähe Markt

Restaurant „Zum Bergkeller“
Meißen / Kalkberg 25
hält sich zur Einkohle bestens empfohlen
ANNA VERW, FISCHER

Hugo Dietrich, Meißen, Berbergasse 14
Preiswerte Lederausschnitte
Schuhmacher - Bedarfsartikel

FLEISCH- UND WURSTWAREN
zu den billigsten Tagespreisen
Max Voigt, Neu-Graupa

Empfehle sämtliche
Fleisch- u. Wurstwaren
zu den Tagespreisen
Hochachtungsvoll
Paul Brecler u. Frau, Liebstadt

Gasthaus „Zum Sachsen“
Pirna, Waisenhausstraße
empfehle meine Lokalitäten und Vereinszimmer zur gefälligen Benutzung
Um gütige Unterstützung bitten
Otto Heinze und Frau

190 000 RM. Ersparnis

erzielten unsere Mitglieder im Betriebsjahr 1927/28 durch die Entnahme der Vollmilch aus unseren Verteilungstellen. Nach wie vor verbilligen wir dieses hochwertige Volksnahrungsmittel.

Unser heutiger Abgabepreis beträgt **30 Pf.** je Liter

Mitglieder, fördert und unterstützt
Die Konsumgenossenschaftliche Milchversorgung

Konsumverein
Vorwärts

Fleisch-, Wurst-, Kolonialwaren
stets frisch bei
W. Töpfer, Meißen
Telestraße 66
Extra 6 Prozent Rabatt
Jeden Schlachtfest

Gasthaus Altscheila Meißen
empfehle mich zur freundlichen Einnahme/Anwesenheit
Vereinszimmer noch bei
Max Lotzsch

Sanitätshaus „Frauenhilfe“
Pflanzler Straße 16
(Nähe Rathhausplatz)
DORA WELLNER
kosmetische und sanitäre Artikel

Reform-Unterbetten
Kamelhaardecken
Wollene
Schlafdicken
Ewald Kluge
Pirna, Lango Straße 17

Feine
Schnittbohnen
1-Pfund-Dose 0,45
2-Pfund-Dose 0,70
3-Pfund-Dose 1,00
Brechbohnen
2-Pfund-Dose 0,65
diesjährige Ware
prima Qualität
Wilhelm Weigert
Pirna, Barbiergasse 3

Reisewitzer Bier der gute Trunk

